

## ■ BZÄK: Novellierungen nicht einfach

Nach dem Verlust der Bundesratsmehrheit für die Regierungsparteien nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen befürchtet Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), zusätzliche Stolpersteine bei den Novellierungen der Gebührenordnung für Zahnärzte sowie einer neuen Approbationsordnung (AppOZ): „Schon mit der Bundesratsmehrheit wären die beiden Novellierungen GOZ und AppOZ nicht einfach durchzubringen gewesen. Jetzt müssen wir aber damit rechnen, dass uns über das Länderparlament wegen der Zustimmungspflicht der Oppositionsparteien zusätzliche Stolpersteine in den Weg gelegt werden.“ Vieles hängt davon ab, welche politische Konstellation sich in NRW als regierungsfähig erweist. Der Verlust der Bundesratsmehrheit bedeutet generell, dass die Gesetzesvorhaben von Union und Liberalen nicht mehr so leicht durchsetzbar sein werden. Bundesratsblockaden könnten – neben für die Zahnärzteschaft so wichtigen Entscheidungen zur GOZ- und AppOZ-Novellierung – beispielsweise auch die Einführung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen unmöglich machen, da all diese Vorhaben der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

lin/BZÄK

## ■ Bayerischer Ärztetag

Die aktuelle Gesundheitspolitik war das Hauptthema des 68. Bayerischen Ärztetags am 24. April 2010 in Regensburg. Die Delegierten forderten zur Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen Patientenversorgung: eine solidarische Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens, das Festhalten an den zwei Säulen der Krankenversicherung, die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs im Vertragssystem, eine Novellierung der regionalen Bedarfsplanung unter Einbeziehung von Kammern und KV, Krankenkassen, Patientenvertretern, Ländern und Kommunen, die Förderung neuer Versorgungsformen, die Etablierung eines nationalen Gesundheitsrates sowie die Entbürokratisierung des ärztlichen Alltags durch „Entschlackung“ des Sozialgesetzbuches (SGB) und weiterer gesetzlicher Regelungen. Anträge und Statements unter [www.blaek.de](http://www.blaek.de) > Wir über uns > Bayerischer Ärztetag

lin/BLÄK

## ■ Index für die Gesundheitswirtschaft

Die Akteure der Gesundheitsbranche erwarten eine deutlich steigende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Gesundheitsbereich. Gleichzeitig rechnen sie mit einer sich verschlechternden Ertragslage. Das sind Ergebnisse des erstmals erhobenen „Index für die Gesundheitswirtschaft“. Der neue Index, der die aktuelle und künftige Ertragsituation, Nachfrage- und Preisbeziehungsweise Honorarentwicklung der Akteure der Gesundheitsbranche erfasst, wird gemeinsam vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und dem Verlag Springer Medizin erhoben und veröffentlicht. Während freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Apotheker zu 46,4 Prozent eine gute bis sehr gute Ertragslage nennen, sind es bei den Unternehmen der Gesundheitswirtschaft 61,7 Prozent. 51,2 Prozent der befragten Akteure stellen aktuell eine steigende Nachfrage fest. Für die Zukunft rechnen 54,6 Prozent mit einer zunehmenden Nachfrage (darunter 15,4 Prozent mit einem starken Anstieg), 11,7 Prozent mit einer sinkenden, rund ein Drittel aktuell und künftig mit einer gleichbleibenden Nachfrage. Für Preise oder Honorare nennt die Mehrzahl der Befragten einen Anstieg: 43,1 Prozent geben einen leichten Preis- oder Honoraranstieg an, 10,2 Prozent sogar einen starken Anstieg. Für den Index befragte das RWI im April 635 Unternehmen der Gesundheitswirtschaft sowie Ärzte, Zahnärzte und Apotheker.

lin/RWI

## ■ Fotowettbewerb „Freude am Beruf“

Die Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde schreibt zum Deutschen Zahnärztetag 2010 in Frankfurt am Main einen Fotowettbewerb zum Thema „Freude am Beruf“ aus. Das Thema ist nicht auf den zahnmedizinischen Bereich begrenzt, sondern kann auch andere Berufe zeigen, beispielsweise Uhrmacher, Feuerwehrmänner oder Lehrer. Eingereicht werden können maximal drei Abbildungen, jeweils als Ausdruck (Format 30 x 40 Zentimeter) und als digitale Datei (Größe ca. 1024 x 768 Pixel). Die Fotos sind zu senden an das Büro der DGZMK, Liesegangstr. 17a, 40211 Düsseldorf. Einsendeschluss ist der 15. September 2010. Weitere Informationen unter [dgzmk@dgzmk.de](mailto:dgzmk@dgzmk.de)

lin/DGZMK

## ■ Franz Knieps: Vom Strippenzieher zum Berater

Der einstige Strippenzieher im Bundesgesundheitsministerium (BMG), Franz Knieps, ist seit 1. Mai „Managing Partner“ bei der Unternehmensberatung Wiese Consult. Der ehemalige Abteilungsleiter im BMG für Gesundheitsversorgung, Kranken- und Pflegeversicherung bearbeitet den Bereich Health Care. Neben Knieps ist noch ein anderer ehemaliger hochrangiger BMG-Stratege bei Wiese Consult gelandet: Ulrich Tilly leitete bis Dezember die Grundsatz- und Leitungsabteilung und bildete mit Knieps und dem Pressesprecher des BMG, Klaus Vater, eine Troika zur Durchsetzung der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik von Ministerin Ulla Schmidt. Tilly ist ebenfalls „Managing Partner“ bei der Berliner Unternehmensberatungsfirma.

ho

## ■ Karies durch Wissensdefizite

Wissensdefizite der Eltern sind eine der Hauptursachen für Karies bei Kindern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Medizinischen Hochschule Hannover. Der Psychologe Dr. Thomas Schneller und die Zahnärztin Dr. Julia Winter untersuchten, inwieweit Eltern die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Fluorideinwirkung, Zahnpflege und Kariesentstehung kennen. Zwar kannten 80 Prozent der 165 befragten Eltern fluoridhaltige Zahncreme, nur zwei Drittel wandten sie aber an. Nur 50 Prozent benutzen fluoridhaltiges Speisesalz. Fluoridlack wurde sogar nur einem Viertel der Kinder beim Zahnarzt appliziert. Besonders alarmierend: Weniger als die Hälfte aller kariösen Milchzähne war mit einer intakten Füllung versehen. Die Autoren der Studie stellten darüber hinaus einen klaren Zusammenhang des Mundgesundheitsverhaltens mit der sozialen Schichtzugehörigkeit fest. Je niedriger der soziale Status der Eltern, desto weniger Beachtung wird der Mundhygiene geschenkt und desto seltener sind auch die Zahnarztbesuche. „Diese Studie zeigt, wie wichtig der Vertrag zur Früherkennungsuntersuchung ist, den wir mit der Signal Iduna IKK abgeschlossen haben. Je eher mit der Prophylaxe begonnen wird, umso besser für das Kind“, meint KZVB-Chef Dr. Janusz Rat. „Ich hoffe, dass andere Kassen dem Beispiel der Signal Iduna IKK folgen“, so Rat.

lh

## ■ Trotz Finanznot: GKV-Verband sucht neue Bleibe

Der GKV-Spitzenverband sucht nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ eine Bleibe. Mit Blick auf geplante Neueinstellungen wolle sich der Verband auf rund 10 000 Quadratmeter vergrößern, zitiert der Spiegel aus einem internen Papier. Gefragt seien dabei unter anderem folgende Kriterien: „angemessene Raumhöhe“, „logistisch gute Lage in Mitte/Tiergarten“, „Politiknähe“ und die „Einräumung einer Option für evtl. späteren Kauf“. Die gesetzlichen Krankenkassen befinden sich derzeit in einer schwierigen finanziellen Lage. Experten erwarten im kommenden Jahr ein Defizit von bis zu 15 Milliarden Euro. Der GKV-Spitzenverband hat den Bericht zwischenzeitlich zurückgewiesen. Der Verwaltungsrat habe bereits im März entschieden, dass der Verband zum 1. April 2012 „wegen Platzmangels“ in ein neues Mietobjekt umziehe. Dabei handele es sich aber nur „um einen Funktionsbau ohne Schicki-Micki“, so Verbandssprecher Florian Lanz.

ho

## ■ AOK will Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft

Die AOK Bayern fordert nach einem Bericht der Ärztezeitung die Einrichtung einer eigenen Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Delikte aus dem Gesundheitswesen. Der AOK-Verwaltungsrat verspricht sich dadurch mehr Effizienz bei der Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten, die von Ärzten, Zahnärzten oder Apothekern begangen werden. „Schon allein wegen der komplexen Strukturen im Gesundheitswesen wäre eine Bündelung der Kräfte bei der Bekämpfung von Fehlverhalten außerordentlich hilfreich“, so Fritz Schösser, Vorsitzender des Verwaltungsrats. Die Kasse verweist darauf, dass die bislang abgeschlossenen Fälle mit einer Schadenssumme von 13,5 Millionen Euro zu Rückzahlungen in Höhe von sechs Millionen Euro geführt hätten. Die KZVB lehnt den Vorschlag der AOK ab. „Dafür gibt es keine Notwendigkeit“, sagt der KZVB-Vorsitzende Dr. Janusz Rat.

lh